

Beschluss des Landrats vom 13.06.2024

Nr. 630

30. Pilotprojekt: Smartphone frei 2024/264; Protokoll: mko

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Obwohl die Ablenkung durch das Smartphone im Unterricht zweifellos ein Problem darstellen könnte, sollte ein generelles Verbot nicht die einzige Lösung sein, findet **Andrea Kaufmann** (FDP). Es gibt mehrere Gründe, weshalb ein solches Pilotprojekt nicht die beste Vorgehensweise ist. Die Schulen sind autonom und ein Umgang mit Smartphones wird im Schulprogramm geregelt und umgesetzt. Es gäbe ansonsten einen sehr grossen administrativen Aufwand. Die Durchsetzung eines kompletten Smartphone-Verbots an einer ganzen Schule könnte sich als schwierig erweisen. Lehrkräfte und Schulpersonal müssen erhebliche Ressourcen aufwenden, um die Einhaltung zu überwachen, was sie von ihrer eigentlichen pädagogischen Aufgabe ablenken könnte.

Anstatt Smartphones vollständig zu verbieten, soll der Fokus darauf liegen, den Schülerinnen und Schülern einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Geräten beizubringen. Das fördert die Selbstdisziplin und hilft ihnen, die Ablenkungen eigenständig zu überwinden; Fähigkeiten, die sie auch ausserhalb der Schule nutzen und umsetzen können.

Eine negative Auswirkung hätte das Verbot auch auf das Schulklima. Ein striktes Verbot könnte zu Widerständen und Unzufriedenheiten unter den Schülerinnen und Schülern führen. Statt ein produktives Lernumfeld könnte eine Atmosphäre des Misstrauens und der Kontrolle entstehen. Ein partizipativer Ansatz von Meinungen und Bedürfnissen wäre zielführender.

In der modernen Bildung wird zunehmend Wert auf die Integration digitaler Technologien gelegt. Smartphones können als wertvolle Lernwerkzeuge dienen, z. B. für Recherchen oder die Organisation von Aufgaben. Ein Verbot würde diese Nutzungsmöglichkeiten einschränken und den Schülerinnen und Schülern eine wichtige Fähigkeit im Umgang mit der Technologie vorenthalten.

Es ist wichtig, ausgewogene Massnahmen zu ergreifen, die sowohl die Ablenkung durch Smartphones minimieren, als auch ihre positiven Nutzungsmöglichkeiten fördern. Schulungen zum verantwortungsvollen Umgang mit der Technologie und spezifische Regeln für den Unterricht können eine effektivere und nachhaltigere Lösung darstellen.

Die FDP-Fraktion ist überzeugt und hat Vertrauen, dass die Lehrpersonen und die Schulen mit Augenmass selber einen guten Weg finden werden, wie mit Smartphones an Schulen umgegangen werden kann – ohne ein generelles Verbot. Die FDP-Fraktion wird das Postulat nicht überweisen.

Miriam Locher (SP) weist darauf hin, dass es an vielen Schulen bereits ein Verbot gebe. Die Gemeinden kennen das einerseits an den Primarschulen, aber auch an diversen Sekundarschulen ist die Nutzung eingeschränkt.

In der SP-Fraktion wurde auch noch über die Rolle der Lehrkraft diskutiert. Eigentlich können Lehrerinnen und Lehrer ein solches Handyverbot durchsetzen. Für die Umsetzung auf dem Schulhof bräuchte es aber vermutlich eine Handypolizei. Wie gross wäre dieser Aufwand für die Umsetzung? Es handelt sich beim Vorstoss ja um ein Postulat, deshalb wird ein Teil der SP-Fraktion den Vorstoss sicher unterstützen. Es lässt sich gut prüfen, um zu schauen, welche Varianten es geben kann. In der Umsetzung gibt es aber sicher einige Fragezeichen.

Es sei bereits gesagt worden, so **Andrea Heger** (EVP), dass sich aus Eigeninitiative ein Pilotversuch bereits jetzt lancieren liesse. Es gibt Schulen, die dies schon tun, allerdings wohl nur beschränkt. Es gibt dagegen Lehrpersonen, die Handys in gewissen Bereichen explizit als Lerninstrument einsetzen. Es wird immer wieder diskutiert, dass es negative Auswirkungen aufgrund der starken Nutzung gibt, aber es gibt auch positive. Andrea Kaufmann hat bereits darauf hingewiesen, dass es durchaus auch in unserem Sinn ist, einen guten Umgang mit den neuen Medien zu finden. Im Postulat geht es darum, einen Pilotversuch an einer Schule zu starten – und nicht, wie man nach dem Statement der FDP meinen könnte, das Verbot schon für alle Klassen verbindlich einzuführen. Es geht nur darum, ein Schulhaus zu finden, das bereit ist, mitzumachen. Ein solcher Pilot würde helfen, das Thema genauer anzuschauen und die Vor- und Nachteile, wissenschaftlich belegt, zu eruieren. Erst dann würde man Regeln finden, die sinnvoll aber nicht übertrieben sind und dem Schulbetrieb und der Bildung helfen, aber auch der Psyche der Kinder einen Nutzen bringen würden. Dies wäre eine Möglichkeit, vorwärtszukommen und, wenn es einmal eine Auswertung gibt, eine bessere Lösung zu haben. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Sabine Bucher (GLP) sagt, dass die GLP-Fraktion das Postulat ablehnen werde, da es in ihren Augen ein operativer Entscheid ist, den die Schulen flexibel handhaben können sollen. Es ist auch nicht klar, ob es hier um Sekundar- oder Primarschulen geht. Sie möchte auf jeden Fall nicht, dass der Landrat zu sehr ins operative Geschäft der Schulen eingreift.

Florian Spiegel (SVP) dankt für die unterstützenden Worte. Etwas erstaunt ist er über die ablehnenden Worte, denn es handelt sich um ein Postulat und es ist nirgends von einem Verbot die Rede. Es geht auch nicht darum, per sofort an allen Schulen ein Handyverbot einzuführen. Das Thema beschäftigt nicht nur die Schulen, sondern auch die Politik, was in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Vorstössen geführt hat. Über den Einfluss dieser Geräte wird öfters geredet, es gibt aber wenig Grundlagen, wie sie sich wirklich auswirken. Es gibt Lehrer, die bei der Umsetzung des Verbots sehr konsequent sind, andere sind es weniger, weil sie es vielleicht nicht als nötig erachten oder sich der Diskussion nicht stellen möchten, weil der Entscheid immer noch selber getroffen wird. Das kann Florian Spiegel alles nachvollziehen. Man weiss durch Umfragen auch, dass eine Mehrheit der Schüler selber die Ablenkung im Unterricht durch das Smartphone beklagt. Nun geht es darum, in der Schule diese Thematik aufzunehmen, und zwar in einer Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen und dem Amt für Volksschulen (AVS) – also gemeinschaftlich und nicht, wie die FDP weismachen möchte, im Sinne einer Verbotskultur. Weiter liesse sich mittels eines Monitorings beobachten, welchen Einfluss es gibt und wie sich das Lernverhalten und der Unterricht in den Klassen verändern. Dass es in der Schule immer noch Tablets geben wird und diese im Unterricht eingesetzt werden, ist klar. Es ist aber ein Unterschied, ob man das Tablet als Unterrichtsmittel nutzt, oder ob das Mobiltelefon als sehr starker Kommunikationskanal die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Die Idee ist, Grundlagen für das Verständnis zu schaffen. Es ist wahnsinnig toll vom Regierungsrat, dass er seinen Vorstoss entgegennehmen und pionierhaft mitziehen möchte. Allen, die das Postulat unterstützen möchten, sei gedankt. Und alle anderen können sich anschliessend von den Ergebnissen überzeugen lassen.

Marc Schinzel (FDP) hat von Florian Spiegel vorhin selber das Stichwort gehört, weshalb sein Vorstoss völlig unnötig und gegensätzlich zur Position der SVP sei, die sonst stets ein Zuviel an Administration und Bürokratie beklagt. Der Postulant sagte nämlich, dass die Schülerinnen und Schüler schon heute im Unterricht ihr Smartphone weglegen. Das ist doch ein Zeichen für die Kompetenz in Umgang mit diesen Geräten. Es wurde auch von verschiedener Seite gesagt, dass es Abgrenzungsprobleme gebe. Es ist aber auch so, dass die autonomen Schulen sehr wohl Lösungen dafür finden. Ein Monitoring und riesige Auswertungen wäre ein administrativer Overkill. Vor allem muss man aufpassen, dass man den Lehrpersonen nicht immer mehr Zusatzaufgaben

durch zusätzliche Kontrollfunktionen aufbürdet. Marc Schinzel glaubt, dass die Schulen sehr wohl in der Lage sind, mit dem Thema umzugehen und den Schülerinnen und Schülern die Kompetenz zu vermitteln. Alles andere wäre eine unnötige Beschäftigung der Verwaltung und der Lehrpersonen.

://: Mit 41:29 Stimmen bei 8 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.
